

wärtigen Zustand selbstgenügsamer Lethargie aufwachen und für die Anregungen des Heiligen Geistes aufgeschlossen werden, wenn sie sich gezwungen sieht, sich mit Asien und den großen menschlichen, sozialen und religiösen Fragen des Erdteils auseinanderzusetzen.

Bibliographie: Zur Gewinnung eines kurzen Überblickes siehe, *The Catholic Church in Australia: Herder Correspondence* (englische Ausgabe) Dezember 1966; Das historische Standardwerk ist James J. Murtagh, *Australia* (Kapitel über den Katholizismus – Sydney 1959). Siehe auch T. L. Suttor, *Hierarchy and Democracy in Australia, 1788–1870* (Melbourne 1965); John N. Molony, *The Roman*

Mould of the Australian Catholic Church (Melbourne 1969); H. Mayer (Hrsg.), *Catholics and the Free Society* (Melbourne 1961). Ein kleiner Versuch eines christlichen Radikalismus in australischem Rahmen wird greifbar in P. Ormonde (Hrsg.), *Catholics in Revolution* (Melbourne 1968).

Übersetzt von Karlhermann Bergner

MAXWELL CHARLESWORTH

geboren am 30. Dezember 1925 in Victoria (Australien), Katholik. Er studierte an den Universitäten von Melbourne, Löwen und London, ist Master of Arts, Doktor der Philosophie, Lektor für Philosophie an der Universität von Melbourne sowie Konsultor des Sekretariates für die Nicht-Glaubenden. Er veröffentlichte u. a.: *Athéisme et philosophie analytique* (1970); *The Problem of Religious Language* (1971).

Karl-Behrnd Hasselmann Das Kontestationsphänomen in der Evangelischen Kirche der Bundes- republik Deutschland

Zeitlich am Anfang und in der Sache exemplarisch für neuartige Erscheinungen der Kontestation in der Evangelischen Kirche der BRD war die Auseinandersetzung zwischen der Gemeinde der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche und den Studentengemeinden in West-Berlin. Weil sich an diesem Konflikt die Ursachen, Ebenen und Regelungsmechanismen der Kontestation innerhalb der Kirche besonders klar beschreiben lassen, sei er in Kürze dargestellt.¹

Die Evangelische Studentengemeinde der Freien Universität Berlin (ESG), später alle Berliner Studentengemeinden, waren seit dem Sommer 1965 aktiv an der Studentenbewegung beteiligt. Ihr Engagement hatte zu einer Reihe grundsätzlicher theologischer und politischer Erklärungen geführt, die in der kirchlichen Öffentlichkeit intensiv diskutiert wurden. Der Konflikt zeigte sich, als bei den Demonstrationen gegen den Schah von Persien in Berlin am 2. Juni 1967 der Student B. Ohnesorg, Mitglied der ESG, von einem Polizisten erschossen wurde. Es folgten bürgerkriegsähnliche Zustände

vor allem auf dem Campus der Freien Universität. In dieser Zeit votierte der Berliner Bischof Scharf überraschend gegen die Stimme der Presse und der überwiegenden Mehrheit der kirchlichen und bürgerlichen Öffentlichkeit für die Studenten. Im September 1967 beantragte die Berliner ESG bei dem Gemeinderat der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche den kirchlichen Raum für Abendmahlsgottesdienste. Diese Bitte wurde überraschend abgelehnt; zur Begründung der Ablehnung diente das politische Verhalten der Studentenfarrer und ihrer Gemeinden. Diese Ablehnung führte also zu einer in der Nachkriegszeit in Deutschland einmaligen «Exkommunikation» einer Gemeinde durch eine andere. Der sich jetzt in aller Schärfe und in aller Öffentlichkeit entfaltende Konflikt ließ schnell erkennen:

– Mobilisator der innerkirchlichen Kontestationen waren die inhaltlichen Ziele, Methoden und Träger der Studentenbewegung;

– wichtigste Ebene war die Lokalgemeinde mit ihren Arbeitsformen² und -zielen, die denen der Funktionsgemeinde ESG widersprachen. Es offenbarte sich ein grundsätzlicher Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit der Arbeit der Parochie, der zu einer eklatanten Polarisierung innerhalb der gesamten kirchlichen Arbeit führte. Diese Polarisierung griff über auf die Leitung der Kirche, auf die Kirchenkreise und Synoden der Landeskirchen und der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Sie führte zur Bildung innerkirchlicher Interessengruppen, die ihre in der «Pastorenkirche» immer am Rande behandelten Bedürfnisse jetzt auf den Tisch legten. In Berlin und an anderen Orten erhielten die Kontestationen so-

fort auch publizistische Wirkung durch eigens gegründete Zeitschriften. Die Bevölkerung insgesamt wurde beteiligt dadurch, daß alle Massenkommunikationsmittel das Thema «Kirche» sofort aufgriffen, einschließlich «rein» theologischer Streitpunkte.

Betrachten wir Ursachen, Ebenen und Konfliktregelung im einzelnen:

Die Ursachen für das innerkirchliche Kontestationsphänomen kamen von außen; die internationale Studentenbewegung gewann für den deutschen Bereich zuerst in Berlin Gestalt.³ Sie machte deutlich, daß die Nachkriegszeit in der BRD beendet ist. Die Studenten haben keine konkrete Erinnerung mehr ans das N-S-Regime, an die Not des Wiederaufbaus mit ihrer Wohlstands- und Leistungshysterie, die rigide antikommunistische Fronthaltung, die jede freie Diskussion einschränkte. Die Intelligenz allgemein litt unter einem Leistungsdruck und Legitimationszwang, der nur ökonomische Kriterien kannte. Die öffentliche Meinung war antisozialistisch und damit angeblich christlich motiviert. Wo sie des christlichen Feigenblattes nicht mehr bedurfte, wurde sie bruchlos von nackten, technokratischen Interessen abgelöst.

Der Anlaß der Studentenbewegung war fast zufällig, aber er breitete sich in rascher Folge auf alle gesellschaftlichen Institutionen aus, die nolens volens eine ideologische Kaschierung der sozio-ökonomischen Bedingungen der Gesellschaft der BRD betrieben hatten. Jetzt wurde Transparenz aller ihrer Entscheidungen, Kontrolle und Mitbestimmung, Aufdeckung ihrer Abhängigkeit von wirtschaftlichen Interessen und ihrer Verflechtung mit bestimmten Machteliten gefordert und zum Teil durchgesetzt. Eine Entmythologisierung des Experten begann: das Verhältnis von Professor und Student, Lehrer und Schüler, Meister und Lehrling, Arzt und Patient, Schauspieler und Zuschauer, Herausgeber und Redakteur, Redakteur und Leser, Anwalt und Mandant, Pastor und Gemeindeglied wurde kritisch durchleuchtet und neu geordnet. Die Folge war und ist zum Teil noch eine allgemeine Orientierungskrise in der Bevölkerung, die in der BRD das erste Mal nach dem Kriege dem Pluralismus der Institutionen und Werte sich ungeschützt ausgeliefert sieht. Dieser Pluralismus ist nach wie vor das überzeugendste Indiz des Säkularismus;⁴ er zeigt sich in der Auflösung kultureller, ethischer und sozialer Leitbilder, in der allgemeinen Mobilität der Menschen, in den verschiedenen rivalisierenden Rollen des Einzelnen und in den verschiedenen rivalisierenden Institutionen, die unter

Konkurrenzbedingungen um die Anerkennung des Einzelnen kämpfen. Aus dieser sich explosionsartig ausbreitenden Orientierungskrise der Bevölkerung resultierte eine tiefe Verunsicherung, die sich heute noch aggressiv vor allem gegen die Studenten richtet.

In diesem Konflikt, der auch die Thematik der Dritten Welt mitaufnahm, wurde die Kirche von Anfang an miteinbezogen. Sie hatte sich nach 1945 als einzige intakte Institution etabliert. Sie hatte die Männer, auf die alle hörten. Sie wurde bereitwillig durch alle Parteien und Gruppen der sich bildenden Wohlstandsgesellschaft akzeptiert und gelangte durch dieses Wohlwollen in alle entscheidenden Positionen, die bis heute die Nahtstellen der Verbindung von Kirche und Gesellschaft darstellen: im Verhältnis zu Schulen, Hochschulen, Krankenhäusern, Anstalten, zum Militär, zu Film, Funk und Fernsehen, zum Besteuerungsrecht, zur allgemeinen Rechtsprechung im Jugendwohlfahrtsgesetz und Bundessozialhilfegesetz, zum Strafrecht usw. Die Kirche war von nicht zu übersehendem finanziellen Gewicht. Ihr nicht anzugehören, war gesellschaftlich in jedem Fall von Nachteil. Eben diese Kirche erwies sich im Laufe der Konflikte als eines der schwachen Glieder der Gesellschaft; die noch anhaltende Austrittsbewegung⁵ illustriert das nachdrücklich.

Kommen wir zur präziseren Beschreibung der Ebenen der Kontestationen in ihr. Der eigentliche Grund für ihre Virulenz ist nicht einfach ein bestimmtes hierarchisches Gefälle ihrer Kompetenzen oder eine aufgeblähte Bürokratie. Viel wichtiger ist die Tatsache, daß in ihr eine Gestalt der Kirche für sakrosankt erklärt wurde – die Parochie – die den Konflikten der Umwelt in keiner Weise mehr gewachsen ist. Die Parochie ist die klassische Anpassungsleistung der Kirche an die stabile vorindustrielle Gesellschaft in den Grundeinheiten ihres Lebens: Dorf, Markt, Kleinstadt. Es gab keine gesellschaftliche Erscheinung, die in der Parochie früher nicht hätte angesprochen werden können. Die Industrialisierung mit all ihren Folgeerscheinungen brachte für die Parochie weniger einen Verlust als einen Wandel ihrer Funktionen.⁶ Der Wohnbereich mit den Kleinkindern, Jugendlichen, Hausfrauen, den alternden und alten Menschen und den sozial Desintegrierten bleibt der Lokalgemeinde und fordert von ihr eine Arbeitsleistung, die von größter Bedeutung ist. Auf der anderen Seite liegen die meisten relevanten Konfliktbereiche und damit die Zentren gesellschaftlicher und politischer Entscheidungen außerhalb der Kompetenz der Lokal-

gemeinde. Die Quelle aller innerkirchlichen Kontestationen der letzten Zeit ist nun ganz eindeutig, daß die Kirchenleitungen die Frage eines politischen Mandates, das sie in der Nachkriegszeit so unbefangene wie unreflektiert ausgeübt haben und das sachverständig in bestimmten überparochialen Entscheidungsfeldern eingesetzt werden muß, dann negativ beantwortet haben, wenn kirchliche Gruppen es gesellschaftskritisch, das heißt auch gegen die Kirche als Institution wahrgenommen haben. Gegen solche kritisch arbeitenden Funktionsgemeinden und Dienstgruppen wurden dann die Möglichkeiten der Parochie zur Norm ihrer Aktionen gemacht. So wurden in der Hamburger Landeskirche in den letzten Jahren die dort tätigen Studenten- und Sozialpfarrer durch die Kirchenleitung aus der Arbeit gedrängt, weil sie in dem Bereich ihrer Verantwortung eindeutig so votierten, wie es die Kirchenleitung und die Vertreter der Ortsgemeinde in einer ähnlichen Weise wahrscheinlich nicht hätten tun können. Neben diesen Auseinandersetzungen zwischen Orts- und Funktionsgemeinde (meist Studentengemeinde) gab es schwere Konflikte zwischen Gruppen, die sich durch die Parochie nicht mehr vertreten fühlten, und der Kirchenleitung. So diskutierten 1966 eine Gruppe von Katholiken und Protestanten in Köln Glaubensbekenntnisse unter Einbeziehung der politischen Dimension des christlichen Glaubens. Diese ökumenische Gruppe erweiterte sich und veranstaltete 1968 auf dem Essener Katholikentag ein erstes «Politisches Nachtgebet»,⁷ das in den darauf folgenden Jahren in zahlreichen Gemeinden anderer Landeskirchen als neue Gottesdienst- und Aktionsform experimentiert wurde. Die Mitbegründerin dieser Gruppe, Dorothee Sölle, hatte zur Erläuterung der Nachtgebete unter anderem geschrieben: «... ein religiöses Gebet ohne politische Konsequenzen ist eine Heuchelei. Ein theologisches Nachdenken ohne politische Praxis ist sinnlos.» Daraufhin verbot der Kardinal Frings dem Nachtgebet die katholische Kirche, während der protestantische Präses Beckmann die Gruppe mit den «deutschen Christen» des Dritten Reiches verglich. Dieser Vorwurf wurde zurückgenommen, aber die grundsätzliche Differenz blieb, ob die Institution Kirche als Anwalt der Schwachen und Unterdrückten auch politisch aktiv werden sollte, oder politisches Engagement grundsätzlich Sache des einzelnen sei. Dieser Konflikt dehnte sich rasch und unter Mitwirkung der gesamten Presse der BRD aus, als es Weihnachten 1967 zu einer Reihe sogenannter Gottesdienststörungen⁸ kam, die sich

Weihnachten 1968 fortsetzten. Es waren vor allem junge Menschen, die im Anschluß an den Auftritt Rudi Dutschkes in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche Weihnachten 1967 von der Kirche einen praktischen Aufweis ihrer Predigt vom «Frieden auf Erden» in ihrem Handeln verlangten und diese Frage im Gottesdienst diskutiert wissen wollten. Kontestationen anderer Art, nämlich innerhalb der Parochie, gab es zum Beispiel in Flensburg.⁹ Dem Propst und den Pastoren der Gemeinde St. Marien in Flensburg wurde Anfang 1967 ein Gedenkgottesdienst angetragen «zu Ehren» des vor 50 Jahren aufgelösten Regiments 86; die Geistlichen lehnten es ab, den Gottesdienst zu halten. Nun befand sich in St. Marien ein Kriegerdenkmal, über dessen weitere Verwendung man sich im Kirchenvorstand stritt. Die Gruppe, die es erhalten wissen wollte, setzte sich gegen die Pastoren durch. Durch die Ablehnung des Gedenkgottesdienstes und die Publizierung der Gründe dieser Ablehnung kam es dann zum Eklat, der die theologische Fakultät und den Bischof gegen die Pastoren, den damaligen Bundesjustizminister Heinemann für sie votieren ließ. Daß dann auf Beschluß des Kirchenvorstandes doch noch das Kriegerdenkmal aus der Kirche entfernt wurde, traf den Nerv einer bürgerlich-mittelständischen Gesellschaft. Als Hintergrund dieser scheinbaren Bagatelle wurde schnell sichtbar die Frage der Rechtfertigung und Verharmlosung des Krieges durch die Kirche. Diese Probleme wurden in der Presse und auf der Straße nicht nur in Flensburg monatelang diskutiert. Der Konflikt verschärfte sich, als die Flensburger Pastoren über diese Gemeinde hinaus angingen, sich im engeren Sinne politisch und auch kirchenpolitisch zu engagieren und sich zu diesem Zweck ein sehr erfolgreiches Organ in der Zeitschrift «Zwischen den Zeilen» schufen.

Eine zweite Ebene der Konflikte wurde die Synode neben der Parochie. Auch hier machte Berlin den Anfang. Als die Synode der EKD im September 1968 in Berlin tagte, formierte sich das erste Mal eine Gruppe von Studenten, Assistenten, Pfarrern und Gemeindegliedern, die die Beratungen der leitenden Synode mit go-ins, Plakaten, Zwischenrufen und Diskussionen mit einzelnen Synodalen begleitete. Flugblätter und scharfe Kommentare vom Rang herunter vor allem zu Fragen der Entwicklungspolitik und kirchlichen Entwicklungshilfe verunsicherten die Synodalen so sehr, daß sie sich nicht bereit erklärten, auf die Forderungen ihrer Kritiker einzugehen. Die folgende Synode der Kirche Berlin-Brandenburg allerdings

lernte von den Zwischenfällen; sie zog zu ihren Beratungen in der Folgezeit Vertreter kritischer Gruppen hinzu. Aber der Funke sprang rasch auf andere Landeskirchen über. So nahm die «Kritische Kirche Württemberg»,¹⁰ eine Gruppe von Hunderten von «Laien» und Theologen, den Rücktritt des Synodalpräsidenten Klumpp auf der Herbstsynode im November 1968 zum Anlaß, Demokratisierungsmaßnahmen, die der Präsident hatte einleiten wollen, lautstark zu unterstützen. In Württemberg kam es zum ersten Mal zu einer Diskussion über die Legitimität von Parteien- und Gruppenbildungen innerhalb der Kirche, über eine bessere Informationspraxis der Kirche und über die Wählbarkeit kirchlicher Ämter auf Zeit. Diese Themen wurden von kritischen Gruppen auf den Landessynoden in der Pfalz, in Oldenburg, Bayern, Braunschweig und Hessen-Nassau in der folgenden Zeit mit Verve vertreten. Einen vorläufigen Höhepunkt erreichten diese Aktionen auf der EKD-Synode im Mai 1970 in Stuttgart, als die Evangelische Studentengemeinde die Synodalen mit einer Reihe zum Teil vorher ausgearbeiteter Resolutionen und Kommentare konfrontierte. In der EKD-Synode im Februar 1971 brachten Mitglieder der seit 1962 bestehenden Arbeitsgemeinschaft für Kirchenreform alle Gravamina unter bestimmte Zielvorstellungen geordnet vor die Synodalen. Die ausgesprochen liberale Konstruktion ihrer Demokratisierungsvorschläge unterschied sich faktisch in nichts von den mehr sich «sozialistisch» verstehenden der Studentengemeinde. Eine Synopse aller in den letzten Jahren gemachten Vorschläge ergibt etwa folgendes Bild:¹¹

1. Der Pluralismus der Meinungen in der Kirche soll sich in klaren Gruppenbildungen Ausdruck verschaffen; die dazu notwendige Toleranz ist dagegen weder theologisch bisher ernstgenommen noch praktisch eingeübt worden.

2. Die Gruppenbildungen haben schon in den Ortsgemeinden ihren Platz; sie sind meist an solchen Sachfragen orientiert, in denen die «Laien» besser Bescheid wissen als die Theologen. Die Legitimation der Gruppenbildung in der Gemeinde würde viele solcher Menschen zur Mitarbeit mobilisieren, die sich zur Zeit bevormundet fühlen.

3. Mitbestimmung in der Kirche verlangt einen umfassenden Informationsdienst und theologische Erwachsenenbildung an der Basis.

4. Größere Beteiligung an den Entscheidungen der kirchlichen Gremien verlangt ein flexibel gehandhabtes Zuwahlssystem, das Fachleute kopiert und beteiligt; der enorme Informationsvor-

sprung der kirchlichen Bürokratie muß durch interne Informationsdienste kompensiert werden; ein an permanenten Sachfragen orientiertes Kammer-System ist erforderlich, um allen Entscheidungsgremien mit Gutachten zu dienen; eine strikte Trennung der Gewalten ist notwendig, um die Bürokratie zu zwingen, sachlich wichtigen Fortschritten nachzukommen und sie nicht in ihrer Entstehung schon zu blockieren; kirchliche Ämter, auch das Bischofsamt, sollten ähnlich den synodalen Ämtern zeitlich befristet sein.

Diese auf allen Ebenen der kirchlichen Arbeit durchzuführenden Strukturveränderungen stehen nicht im Dienst eines reibungslosen Funktionierens der Apparate, sondern im Dienst einer umfassenden Präsenz der Gemeinde Jesu Christi in der Welt, die ihren Auftrag wahrnimmt, Gemeinde für andere zu sein.

Inzwischen haben die Landeskirchen begonnen, die auseinanderfließenden und zum Teil miteinander rivalisierenden Gruppen durch die Einsetzung von Strukturausschüssen aufzufangen und der Gesamtarbeit der Kirche dienstbar zu machen. So bekommen die Studentengemeinden als Funktionsgemeinden einen neuen rechtlichen Status. Andererseits versucht man, die mittleren Ebenen der kirchlichen Arbeit zu verstärken. Dort sollen die Funktionen, die von der Parochie nicht mehr erreicht werden, zusammengefaßt und durch Spezialisten vertreten werden: Beratungsdienste, Jugend- und Altenarbeit, Arbeit mit gesellschaftlichen Randgruppen, lokale politische Fragen usw. Diese Strategie der Konfliktbereinigung ist relativ erfolgreich, zumal der gesellschaftliche Druck der kritischen und «linken» Gruppen insgesamt nachläßt und sich ein deutlicher «Rechtsruck» in allen gesellschaftlich relevanten Institutionen abzeichnet. Symptom einer neuen Situation auch in der Kirche ist das relativ große Echo, das die sogenannten Bekenntnis- und Sammlungsbewegungen in der schweigenden Mehrheit der Gemeinden haben.

Um die Vielzahl denkbarer Frontbildungen und möglicher Kontestationen zu beschreiben, wurden typologische Skizzen versucht¹²: Traditionalisten, Vertreter der bekennenden Gemeinde (mit ihrem konservativen Flügel in der Sammlungsbewegung und mit ihrem progressiven Flügel in den Bruderschaften), Avantgardisten und die «Kritische Volkskirche». Diese Versuche zeigten, daß jeder konkreten Utopie von der Gestalt und den Gestaltungsmöglichkeiten der Kirche eine Theologie von der Gemeinde entspricht. Es ließe sich mit Sicherheit weiter zeigen, daß jeder einzelne Typus mit

Schwergewicht einer der faktisch vorhandenen Gestalten von Kirche zugeordnet ist: der Ortsgemeinde, der Funktionsgemeinde (Studenten-, Schüler-, Sozialpfarrer und -gemeinden), der Dienstgruppe, die einen zeitlich befristeten Auftrag wahrnimmt, und der Kirchenleitung. Besonders progressive Gruppen agieren meist ohne institutionellen Rahmen und in zeitlich knapp bemessener Frist; so die Interessengruppen der Theologiestudenten, Vikare, Katecheten, Gemeindehelferinnen, Religionslehrer usw., die wir in unserer Skizze so vernachlässigen mußten wie die Konflikte einzelner Pastoren mit ihren Kirchenleitungen vor allem wegen der Ablehnung der Kindertaufe usw.¹³

Das Bemühen, die kritischen Gruppen auch organisatorisch stärker zu verbinden, scheiterte in der noch bestehenden «aktion kirchenreform» an dem Argument, daß dadurch möglicherweise Spontaneität der Aktionen leiden könnte; in der sogenannten «Celler Konferenz» unterblieb eine effektivere Koordination wegen der meist ideologisch motivierten Unvereinbarkeit der Programme.¹⁴

Kontestationen der beschriebenen Art sind ein ganz neuartiges Phänomen in der Evangelischen

Kirche Deutschlands. Sie sind ein unübersehbares Indiz des Säkularismus und von dessen Auswirkungen im Pluralismus; sie entsprechen den damit zusammenhängenden gesellschaftlichen und persönlichen Herausforderungen und so auch den jeweiligen nicht-kirchlichen Gruppierungen oft aufs Haar. Die Kirche hat sich auf diese für sie neue Situation umzustellen. Verschiedene Gemeindeformen und Organisationsebenen, die auch in Zielvorstellungen und möglichen Aktionsformen sich voneinander unterscheiden und abheben, müssen in der Kirche denkbar sein. Die daraus notwendig erwachsenden Spannungen müssen nicht durch spektakuläre Kontestationen, sie können auch durch Sachdiskussionen gelöst werden. Was fehlt, ist eine Theologie der Gemeinde, die die gesellschaftliche Wirklichkeit abdeckt und Perspektiven miteinander rivalisierender Formen der Gemeindearbeit und einem ihr jeweils zugehörigen theologischen Selbstverständnis aufzeigt; Gruppenbildungen in der Kirche inklusive der Konfessionen wären dann nicht notwendiges Übel, sondern natürlicher Spannungsbogen christlicher Existenz in der Welt von heute.

¹ Vgl. K. B. Hasselmann, Politische Gemeinde (Hamburg 1969) 130ff.

² Zuerst nachgewiesen bei E. Lange, Ein anderes Gemeindebild: Evangelische Kommentare 1968, Heft 2, S. 75 ff.

³ Vgl. neben Hasselmann (Anm. ¹) F. W. Marquardt, Studenten im Protest (Frankfurt 1968).

⁴ Zuerst bei J.-Chr. Hoekendijk, Die Zukunft der Kirche und die Kirche der Zukunft (Stuttgart 1964); W. Jetter, Was wird aus der Kirche? (Stuttgart 1968) (dort weitere Literatur).

⁵ Drei in seinem Namen – Gibt es Christen außerhalb der Kirche? Redaktionsartikel: Evangelische Kommentare 1971, Heft 2, S. 65 ff.

⁶ Zuerst bei J. Matthes, Die Emigration der Kirche aus der Gesellschaft (Hamburg 1964).

⁷ Politisches Nachtgebet in Köln, hrsg. von Dorothee Sölle und Fulbert Steffensky (Stuttgart-Mainz [Band I] 1969 und [Band II] 1970).

⁸ Ein anderes Bewußtsein, Redaktionsartikel: Evangelische Kommentare 1968, Heft 3, S. 121 ff.

⁹ H. Fast, Kirchengemeinde heute: Lutherische Monatshefte (Berlin-Hamburg 1968) Heft 12; Zwischen den Zeilen (Flensburg) Heft 1-13.

¹⁰ W. Sempendörfer, Offene Kirche – Kritische Kirche (Stuttgart 1969) 77 ff.

¹¹ W. Sempendörfer aaO. 84 ff; Klumpp/Heintze/Schulz/Rau/

Lehndorff/Scharf/Beckmann/Niemöller/Brunotte/Linz, Soll es in der Kirche Parteien geben?: Radius (Stuttgart 1969) Heft 3; E. G. Mahrenholz – Plädoyer für Gruppenbildung, ebd; Dietzfelbinger/Droß, Demokratie in der Kirche: Radius 1969, Heft 1; I. Stoodt, Demokratisierung der Kirche: Wissenschaft und Praxis (Göttingen 1970) Heft 6.

¹² C. D. Schulze, Typologie von Kirchenreform-Bestrebungen: Pastoraltheologie 1969 (Göttingen) Heft 3, S. 106 ff; K. W. Dahm, Reform und Realität: ebd. Heft 7, S. 297.

¹³ aktion kirchenreform informationsdienst, Köln, April 1969 ff; dort Auskünfte über Adressen und Aktionen der verschiedenen Reformgruppen.

¹⁴ Reformer zwischen Revolution und Resignation, Redaktionsartikel: Evangelische Kommentare 1970, Heft 7, S. 381.

KARL-BEHRND HASSELMANN

geboren 1933 in Hamburg, Lutheraner. Er studierte Philosophie und Theologie, ist Studentenfarrer und lutherischer Gemeindepfarrer in Flensburg. Er veröffentlichte u. a.: Politische Gemeinde. Ein Handlungsmodell am Beispiel der Evangelischen Studentengemeinde an der Freien Universität Berlin (Hamburg 1969).